

# DIE FURCHE

36 · 5. September 2024

DIE ÖSTERREICHISCHE WOCHENZEITUNG · SEIT 1945

80. Jg. · € 6,-

„Epiphanie im virtuellen Raum“

Der Kulturphilosoph Thomas Macho über den neuen Film „Eternal You“ und ewiges Leben durch Künstliche Intelligenz. · Seiten 22–23

Fremdeln mit der Realität

Nach den Wahlen in Ostdeutschland verstört vor allem die Reaktion der SPD. Über die bizarre Aufarbeitung eines Rechtsrucks. · Seite 5 **JOURNAL**

Problematischer Verfolgungsindex

Jährlich veröffentlicht die NGO *Open Doors* ein Ranking der Länder, in denen Christen verfolgt werden. Seriös sind die Daten nicht. · Seite 11 **KOMPASS**

„Wir wissen nicht, wohin“

Vor 250 Jahren wurde Caspar David Friedrich geboren. Seine Gemälde irritierten – und sie wirken bis heute. · Seiten 17–18 **FEUILLETON**



Deutschlands Bischöfe warnten vor der AfD – ohne Erfolg. Österreichs Kirchenfunktionäre sind in ihrer Kritik an Herbert Kickl weniger deutlich. Warum? Drei Positionen. (Seiten 9–10 & 14)

## Dürfen Christen FPÖ wählen?



#NR WAHL 2024

## Die unhaltbare Normalität

Im zweiten Fokus der FURCHE-Serie „Welche Werte wir wählen“ geht es um Nachhaltigkeit – und die grünen Mühen bei der Umsetzung. Dazu: Ingolfur Blühdorn im Gespräch.

Das österreichische Bildungssystem ist zu kompliziert. Das fördert unnötige Grabenkämpfe und verhindert echte Chancengerechtigkeit für Schülerinnen und Schüler.

## Die zersplitterte Schule



Von Magdalena Schwarz

„Unzählige Schultypen ringen bei immer wachsenden Herausforderungen um Ressourcen.“

Schulstart mitten im Wahlkampf, diese Chance nutzte Bildungsminister Martin Polaschek (ÖVP) und präsentierte am Montag seine neuesten Pläne. So versprach er mehr Psychologen und Sozialarbeiter zur Bewältigung des Gewaltproblems an Wiener Schulen. Die Ursache verortet er in einer „jahrelangen falschen Integrationspolitik in der Bundeshauptstadt“ – und nicht etwa in jahrzehntelanger falscher Bildungspolitik in ganz Österreich.

Das Gegeneinanderauspielen hat im Bildungssektor Tradition, die Grabenkämpfe sind zahlreich: Bund gegen Landeshauptleute, Stadt gegen Land, Mittelschule gegen AHS, Volksschule in Favoriten gegen Volksschule in der Innenstadt. Dass über Bildung so viel gestritten wird, ist kein Zufall.

Was ist der perfekte Nährboden für Konflikt? Man zersplittere eine Gruppe in Untergruppen mit widerstrebenden Interessen. Dann reduziere man ihre Ressourcen, verteile diese ungleich und vergrößere parallel ihre Herausforderungen. *Et voilà*: Die Teilgruppen stürzen sich in Machtkämpfe, während sie gemeinsame Ziele aus den Augen verlieren. Würde Niccolò Machiavelli, dem das Prinzip *Divide et impera* (Teile

und herrsche) zugeschrieben wird, einen Blick auf die österreichische Bildungslandschaft werfen, er wäre höchst beeindruckt. Eine grafische Darstellung unseres Schulsystems, die kaum auf eine A3-Seite passt, würde jeden römischen Feldherrn neidisch machen. Unzählige Schultypen ringen bei immer wachsenden Herausforderungen (Digitalisierung, Mentale Krisen, Migration) um schwindende Ressourcen (Pädagogen, Psychologen, administrative Hilfe).

Schulautonomie und Lehrer bespitzeln

Statt sich um Einigung zu bemühen, befeuert die Bildungspolitik das Auseinanderdriften – selbst gelähmt durch das Gerangel zwischen Bund, Länder und Gemeinden. Der Wahlkampf verstärkt den Zwist noch weiter. Die ÖVP ruft nach immer mehr Schulautonomie. Wer diese angesichts des akuten Lehrermangels umsetzen soll, ist unklar. Die FPÖ träumt derweil von einer „Meldestelle gegen politisierende Lehrer“, denn viele würden „ihre Tätigkeit für die politische Beeinflussung der Schüler, zumeist in Richtung des linken Mainstreams“ missbrauchen. SPÖ, Grüne, Neos und KPÖ wiederholen Forderungen nach einer Gesamtschule, an deren Realisierbarkeit sie nach

Jahrzehnten der ÖVP-Blockade selbst nicht mehr glauben. Groß angekündigte Strategien, wie die am Montag von Polaschek versprochene Aufstockung des Schul-Unterstützungspersonals, werden vielerorts aus Geld- oder Personalmangel nie umgesetzt.

Stattdessen gibt es ideologische Kämpfe und intransparente Fleckerlteppichlösungen: hier eine Schulpsychologin, da eine Deutschförderklasse, dort ein Freizeitpädagoge. Wie das berühmte Dorf der Gallier erkämpfen sich einzelne gut vernetzte Schulteams zusätzliche Ressourcen, andere gehen unter. Die Kehrseite der Zersplitterung des Bildungssystems ist Chancengerechtigkeit für die Kinder. Manche bekommen sofort einen Platz in einem öffentlichen Kindergarten, andere müssen warten. Manche sitzen in einer sozial durchmischten Klasse, andere werden in Deutschförderklassen abgeschoben. Manche profitieren von freiwilligen Übungen und Teamlehrkräften, andere werden alleingelassen. Noch immer entscheidet das Zeugnis des zehnjährigen Kindes, ob es in die Mittelschule oder AHS übertritt.

Die Lösung: Gleiche Rahmenbedingungen, innerhalb derer individuelle Stärken gefördert werden. Gute Vorschläge liefert das „Netzwerk elementare Bildung Österreich“, das sich für einheitliche Gesetze engagiert, oder die Initiative „Gemeinsame Bildung 2.0“, die für eine Schule für alle bis 15 Jahre eintritt. Doch nebst *Bottom-up*-Druck bräuchte es auch den politischen Willen. Das überkomplexe System verlangt nach Entschlackung statt metastasierender Individualisierung.

magdalena.schwarz@furche.at

### AUS DEM INHALT

Die verschwundene Bibliothek

Mit der Kontrolle von Territorium übernimmt Israel offenbar auch die Kontrolle des kultur-historischen Erbes der Palästinenser. Ein Besuch in Ostjerusalem. Seite 7

„Nur kein Fleischhauer“

Hanna Molden erzählt, wie Arthur Koestler nach Alpbach kam, kritisiert, am Forum würde nicht mehr improvisiert, und warnt vor Kickl. Ein Besuch. Seite 8

Liken, Teilen, Spenden

Private Spendenaufrufe bewegen im Internet viele Menschen und enorme Summen. Oft wird jedoch mehr auf Emotionalität als auf Transparenz gesetzt. Seite 13

Grenzen der Meinungsfreiheit!

Medienethiker Alexander Filipović über den Fall Pawel Durow und die bis dato fehlende Verantwortung von Telegram und Co für die auf ihnen publizierten Inhalte. Seite 15

Bildhauerei und Bauchrednerpuppe

Mit Künstlerarbeiten von Thomas J Price und Candice Breitz stellt die Kunsthalle Krems in zwei Ausstellungen wichtige Fragen zu Rassismus und Identität. Seite 19

@diefurche

@diefurche

@diefurche

Die Furche

furche.at

Österreichische Post AG, WZ 02Z034113W, Retouren an Postfach 555, 1008 Wien  
DIE FURCHE, Hainburger Straße 33, 1030 Wien  
Telefon: (01) 512 52 61-0



AUS DER  
REDAKTION

Eigentlich würde es schon reichen, dass wieder September ist – mit wieder geöffneten Schulen, mit reaktivierten Weckern, mit endlosen To-Do-Listen. Unter dem Titel „Das eigentliche Jahr“ hat Daniel Wisser diese Stimmung im „Federspiel“ brillant beschrieben. Doch diesmal werden dies- und jenseits der Grenze auch noch Wahlen geschlagen – und dabei die Grenzen des demokratiopolitisch Erträglichen verschoben. Wie lautstark muss man sich hier einbringen, wie dezidiert vor Brandstiftern warnen? Auch die christlichen Kirchen sind vor diese Frage gestellt. DIE FURCHE hat zwei namhafte Stimmen, **Stephan Schulmeister** und **Wolfgang Mazal**, zum Streitgespräch gebeten. Um (bedrohte) Ideale geht es auch in unserer Wahlserie „**Welche Werte wir**

**wählen**“. Nach der „Freiheit“ (und den Neos) stehen diesmal „**Nachhaltigkeit**“ und **Grüne** im Fokus. Dass die Konjunktur für Klimaschutz schon einmal besser war, ja dass das gesamte öko-emanzipatorische Projekt samt liberaler Demokratie kippen könnte, skizziert der Soziologe **Ingolfur Blühdorn** im Interview. Es ist nur eines von mehreren spannenden Gesprächen dieser Ausgabe: Philipp Axmann hat in Alpbach **Hanna Molden** besucht; und Martin Tausch konnte **Thomas Macho** für eine Reflexion über Künstliche Intelligenz und Unsterblichkeit gewinnen. Davor lässt Sie Brigitte Schwens-Harrant eintauchen in die Gemälde **Caspar David Friedrichs**. „Wir wissen nicht, wohin“, heißt es hier. Passt ganz gut für diesen Herbst. (dh)

Das Gespräch führte  
Doris Helmberger

„Wähl, als gäb's ein Morgen“: So heißt es auf den grünen Plakaten zur Nationalratswahl. Zugleich gibt es gute Gründe, den Glauben an dieses Morgen längst verloren zu haben. Der *Green Deal* ist unter Druck, weltweit reüssieren Autoritäre. Auch Ingolfur Blühdorn, Leiter des Instituts für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit an der Wirtschaftsuni Wien, zeichnet in seinem vielbeachteten Buch „Unhaltbarkeit“ (vgl. *Kritik in FURCHE* Nr. 26) ein düsteres Bild – und weist doch den „Weg in eine andere Moderne“. 

DIE FURCHE: Herr Professor Blühdorn, was bedeutet „nachhaltig“? **Ingolfur Blühdorn:** Im engeren Sinne ökologisch „nachhaltig“ ist all das, was von der Natur nicht mehr verbraucht als regeneriert werden kann. Wobei diese Beschreibung nicht sehr hilfreich ist. Denn erstens ist Nachhaltigkeit heute nicht mehr auf das Ökologische beschränkt, sondern man unterscheidet etwa ökonomische, soziale und ökologische Nachhaltigkeit – ich selbst würde auch noch demokratische und kulturelle Nachhaltigkeit ergänzen.

Und zweitens spricht der Begriff „Nachhaltigkeit“ ökologische Fragen auf eine ganz bestimmte Art und Weise an. Er wurde an der Wende zu den 1990er Jahren eingeführt – als Nachfolger von weitgehend unpolitischen Begriffen wie „Natur-“ oder „Umweltschutz“ einerseits und öko-fundamentalistischen Ansätzen andererseits, die Ökologie und die kapitalistische Wachstumsökonomie als kategorisch unvereinbar betrachteten.

DIE FURCHE: So wie das heute auch die Degrowth-Anhänger sehen?

**Blühdorn:** Ja genau. Das Konzept der Nachhaltigkeit hatte demgegenüber das klare Ziel, die Sphären von Ökologie einerseits und Kapitalismus und Wachstum andererseits kompatibel zu machen. Gleichzeitig ist der Begriff „Nachhaltigkeit“ aber sehr unbestimmt. Aus sich selbst heraus sagt er nichts darüber, was erhalten werden soll, für wen, für wie lange etc. – und er hat auch etwas Optionales. All das hat dazu geführt, dass unsere Gesellschaften sich zwar seit Jahrzehnten um eine Transformation bemühen, aber einen echten Strukturwandel noch immer nicht hinbekommen haben.

DIE FURCHE: Als Reaktion haben Sie den Begriff der „Unhaltbarkeit“ geprägt – und ihn soeben im gleichnamigen Buch beschrieben (Suhrkamp 2024). Was meinen Sie damit?

**Blühdorn:** Der Begriff ist definitiver. Denken wir an Milch, die im




#NR  
WAHL  
2024

Raus aus dem Paradies!  
So brachte Jan van Kessel der Ältere den  
„Eintritt in Noahs Arche“ 1650 ins Bild.

Foto: Getty Images / DeAgostini

Ingolfur Blühdorn, Professor für soziale Nachhaltigkeit an der WU Wien, über das Ende der grünen Hegemonie, „ökologische Unregierbarkeit“, den reaktionären Pendelschlag zur Diversität und den Mut zum Aufbruch.

# „Die Normalität ist unhaltbar“

 Unter „FURCHE-Wahlserie: Welche Werte wir wählen“ finden Sie auf [furche.at](http://furche.at) alle Artikel dieses Fokus und weitere digitale Inhalte.



Kühlschrank steht. Ist das darauf vermerkte Haltbarkeitsdatum überschritten, dann kippt sie bald und wird ungenießbar, das ist dann keine Frage der Optionalität mehr. Auch in unseren Gesellschaften sind wir an einem Punkt angelangt, an dem wir nicht nur in ökologischer Hinsicht, sondern auch mit Blick auf unsere Demokratien, den Liberalismus, ja das gesamte westliche Wertesystem zu kippen drohen – oder bereits gekippt sind. Da stellt sich dann nicht mehr die Frage, ob wir das wollen oder nicht, sondern das passiert einfach. Und plötzlich sind wir in einer ganz anderen Gesellschaft. Da ist dann nur noch

wenig von „Nachhaltigkeitswende“ die Rede, sondern von „Ausgrenzung“, „Abschiebung“ oder „Festung“, die die sogenannte „Normalität“ retten sollen.

DIE FURCHE: Tatsächlich hat sich die Themenkonjunktur dramatisch geändert: Der einst gefeierte „Green Deal“ wurde bei der EU-Wahl von allen Seiten attackiert. Und nun wettern nicht nur die Freiheitlichen gegen „grünen Verbotswahn“, sondern auch die ÖVP fordert „Klimaschutz mit Hausverstand“. Was zeigt sich hier?

**Blühdorn:** Unter anderem ein Überforderungssyndrom, das nicht nur ökologische Maßnah-

men betrifft, die als Bedrohung für den Wohlstand empfunden werden, sondern auch die Demokratie insgesamt. Die demokratische Haltbarkeit bricht weg, der Fortschrittsglaube, der Glaube an die Machbarkeit des Notwendigen. In den 1970er Jahren haben wir gedacht, zivilgesellschaftliche Bewegungen könnten verantwortlich gestalten, was die politischen Eliten nicht geschafft hatten. Doch dieses Aufbruchgefühl, diese Überzeugung von der eigenen bürgerlichen Mündigkeit, ist uns zwischen den Fingern zerronnen.

DIE FURCHE: Aber warum? Und warum hoffen heute nicht wenige eher auf einen „Volkskanzler“?

**Blühdorn:** Der hat sich vor allem selbst so betitelt! Dabei macht er sich zunutze, dass die heutigen Aufgaben vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Beschleunigung, der geopolitischen Ver-

schiebung, der Vielfältigkeit der Lebensentwürfe und der Erwärmung des Klimas so komplex sind, dass es einen neobiedermeierlichen Rückzug aufs Private gibt. Gerade junge Menschen, von denen man ja in der Soziologie klassischerweise erwartet, dass sie demokratischere und ökologischere Werte in die Gesellschaft einführen, sind oft erstaunlich zurückgezogen und auf ihre Freunde, Familie und persönliche Sicherheit konzentriert. Hier spüren sie eine große Selbstwirksamkeit und Gestaltbarkeit – und hier sind sie auch optimistisch hinsichtlich der eigenen Zukunft. Aber das Gesamtgesellschaftliche wird zunehmend delegiert, weil man sich sagt: Da kann ich ohnehin keinen Beitrag leisten.

DIE FURCHE: In dieses Bild der Jungen, die ihren Kampf aufgegeben haben, passt die Meldung der „Letzten Generation“, ihre Anklebe-Proteste zu beenden.

**Blühdorn:** Diese Bewegungen sind in Österreich wie in vielen anderen Ländern systematisch kriminalisiert worden und – wie auch die Grünen selbst – vielfach zum politischen Feindbild Nummer 1 erklärt worden. Dem Druck konnten sie nicht standhalten. Wobei eigentlich schon 2019, zu der Zeit des großen Hypes um „Fridays for Future“ – als viele das Gefühl hatten: Jetzt gibt es die große Wende, *Another World is possible* – vollkommen klar war, dass das Unsinn ist. Denn die vielen gesellschaftlichen Verschiebungen, der spätmoderne Strukturwandel, hatten das sozial-ökologische Transformationsprojekt da längst unmöglich gemacht. Und so war es nur eine Frage der Zeit, bis die Illusion von der anderen Welt zerplatzen würde.

DIE FURCHE: Sie sprechen von einer „ökologischen Unregierbarkeit“. Ist das nicht zu radikal?

**Blühdorn:** Ich meine damit, dass ein ambitioniertes Transformationsprojekt nicht mehr umsetzbar ist, auch wenn sich zum Beispiel das Klima immer weiter und schneller erwärmt. Die ökologische Debatte steckt fest in einem doppelten Konservatismus: Die einen freuen sich über diesen Zusammenbruch des grünen Projekts und sagen: Endlich haben wir Ruhe von diesem Klimakleber-Wirbel und können zurück zur „Normalität“. Und auf der anderen Seite gibt es einen grünen, aktivistischen Konservatismus, der verbissen an der Mission festhält, die Welt vor der großen Katastrophe retten zu müssen. Beides sind Formen von Realitätsblindheit. Die einen übersehen, dass es im Zeichen des Klimawandels etc. kein Zurück zur alten Normalität mehr gibt; die anderen übersehen, dass die meisten Menschen sich nicht primär um den Weltuntergang sorgen, sondern um ihr all-

„Wir sind an einem Punkt, an dem wir nicht nur in ökologischer, sondern auch in demokratiepolitischer Hinsicht zu kippen drohen.“

„Es zeigt sich ein Überforderungssyndrom, das nicht nur die ökologischen Maßnahmen betrifft, sondern Demokratie insgesamt.“

tägliches Leben und ihre Sicherheit. Sie fühlen sich nicht wie „fünf vor Zwölf“. Was Klimaaktivistinnen als große Bedrohung sehen, ist für sie nur eine Transformation in eine neue Normalität.

**DIE FURCHE:** *Nochmals eigen sind Gruppen wie die neue „Liste Madeleine Petrovic“, die im Gegensatz zu den Grünen nicht den Klimaschutz, sondern – wie die FPÖ – Umwelt- und Naturschutz in den Mittelpunkt rücken und in puncto Corona auch verschwörungstheoretisch argumentieren.*  
**Blühdorn:** Der Glaube an das Progressive ist nicht nur bei den Rechten, sondern auch bei vielen Linken zerbrochen. Deshalb gibt es diese irrlichternden Gruppen, diese merkwürdige Mischung zwischen Rechts und Links, die man in Deutschland etwa auch bei Sahra Wagenknecht sieht – und die sich in Corona-Zeiten „Querdenker“ nannten. Genau das war übrigens auch einmal der Anspruch von grün-emanzipatorischen Bewegungen. Diese Elemente kommen heute in rechtsradikalen oder rechtspopulistischen Bewegungen wieder und werden rekombiniert. Deswegen ist es wichtig, dass wir diese rechts- oder auch linkspopulistischen Bewegungen nicht vorschnell abkanzeln und für regressiv oder reaktionär halten, sondern dass wir genau hinschauen und uns fragen: Wie kommt es eigentlich zu diesen Reaktionen?

**DIE FURCHE:** *Was ist Ihre Antwort?*  
**Blühdorn:** Dass es teilweise Reaktionen sind auf progressive, emanzipatorische Agenden, die anders gewirkt haben als erwartet. Ein Beispiel dafür ist die Gender- und Diversitätsfrage, die nun einen reaktionären Gegenschlag des Pendels provoziert hat. Grüne Parteien und Bewegungen sind einst davon ausgegangen, dass wir alle auf demselben Ast oder in einem Boot sitzen. Gleichzeitig haben sie aber eine Diversifizierung in alle möglichen Identitäten und Lebensformen betrieben und erklärt, man müsse die Vielfalt der Wirklichkeiten und Rationalitäten akzeptieren. Wenn man insistiere, dass nur die wissenschaftliche Rationalität gelte, sei das ein Herrschaftsinstrument. Exakt diese Argumentationsfigur haben sich nun die Rechten angeeignet, wenn sie „alternative Fakten“ hernehmen und sagen: Meine Wirklichkeit ist genauso wertvoll wie deine.



1964 in Nordrhein-Westfalen geboren, hat Ingolfur Blühdorn in Deutschland und Großbritannien studiert und gelehrt. Seit 2015 ist er an der WU Wien.

Das heißt jetzt natürlich nicht, dass der Rechtspopulismus vor allem von den Linken provoziert worden wäre – das wäre Unsinn. Dennoch haben die eigentlich emanzipatorischen Bewegungen vielfach Annahmen gemacht, die nicht haltbar waren und nicht nur zur Provokation für Rechte geworden sind, sondern auch Problemlagen geschaffen haben, die die Menschen jetzt überfordern.

**DIE FURCHE:** *Aber was wäre angesichts dieses doch recht ernüchternden Befunds die Alternative? Die Dystopie einer Gesellschaft, die sich vom Trauma der doppelten Unhaltbarkeit mit Zerstreuung durch Smartphones ablenkt, wie Sie es am Ende Ihres Buches zeichnen, kann ja wohl nicht das Ziel sein. Schon gar nicht vor entscheidenden Wahlen...*

**Blühdorn:** Ich glaube, erstens müssen wir tatsächlich lernen mit dieser Situation der Unsicherheit zu leben – und zur Kenntnis nehmen, dass dieser große, öko-emanzipatorische Aufbruchversuch, den wir unternommen haben, nicht zum gewünschten Erfolg geführt hat – und dass es in der Spätmoderne auch keinen Sinn macht, an diesem Projekt in der bisherigen Form festzuhalten. Das würde nur die schon sichtbaren Nebenwirkungen verstärken. Zweitens ist, auch wenn wir in der jetzigen Situation noch kein neues, positives Leitbild haben, völlig klar: Wir stehen auf der Schwelle zu einer ganz anderen Moderne. Die Welt geht nicht unter, sondern vor unseren Augen entsteht eine neue.

„Die emanzipatorischen Bewegungen haben Annahmen gemacht, die nicht nur die Rechten provozierten, sondern die Menschen überfordern.“

**DIE FURCHE:** *Und die ist, wie Sie sagen, oft nicht mehr demokratisch und pluralistisch, sondern oligarchisch und autoritär, wie wir bei Trump oder Orbán sehen können.*  
**Blühdorn:** Leider. Umso mehr sind in dieser Situation progressive Parteien gefordert. Sie müssen sich erstens fragen, inwieweit sie selbst ungewollt zu diesen Entwicklungen beigetragen haben – und zweitens sich und allen anderen klar machen, dass die nun feilgebotenen Geschichten von der „Festung Österreich“ völlig unplausibel sind. Wem helfen die eigentlich? Denn wem hilft es, soziale Umverteilung und Klimaschutz zurückzufahren, die öffentlich-rechtlichen Medien zu delegitimieren und den Oligarchen für ihre Machtinteressen freie Bahn zu machen? Das Versprechen, dass sich durch rechte Narrative gerade für die benachteiligten Teile der Gesellschaft irgendetwas verbessern könnte, muss man ebenso durchleuchten wie die Erzählung von der Rückkehr zur verlorenen Normalität. Es steht viel auf dem Spiel! Wir haben enorm viel zu verteidigen! Das wäre die Aufgabe der Stunde. Sie ist positiv und durchaus zu bewältigen. Das macht Mut!

Bei den Grünen dominiert im Wahlkampf – wenig überraschend – die ökologische Nachhaltigkeit. Doch auch soziale und wirtschaftliche Aspekte spielen eine Rolle. Eine Datenanalyse anhand von *Wahlkabine.at*.

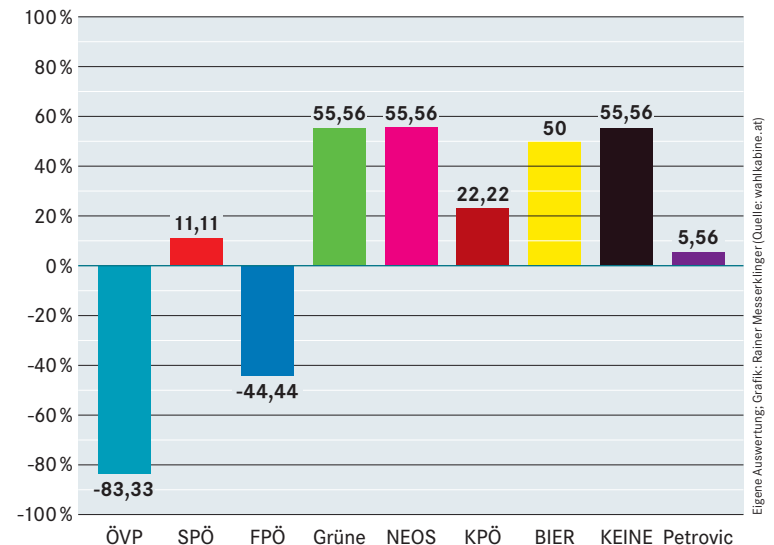
## Mehr als nur „öko“?

Wer in diesem Wahlkampf „Nachhaltigkeit“ hört, denkt an Klimakrise und Renaturierung, Umwelt- und Tierschutz – allesamt Begriffe der ökologischen Nachhaltigkeit. Auch auf der Plattform *Wahlkabine.at*, die vor der Nationalratswahl Orientierung geben will (und mit der DIE FURCHE kooperiert), ist dieses Thema abgedeckt. Wie in der Vorwoche hat DIE FURCHE sämtliche 25 Fragen des Umfragetools durchforstet und jene Fragen ausgewählt, die sich im Kern um „Nachhaltigkeit“ drehen – sowie zusätzlich zwei ursprünglich aussortierte Umweltfragen ergänzt, um das Spektrum zu erweitern: konkret die Frage, ob die Haltungsform auf jedem tierischen Produkt verpflichtend angegeben werden muss; und weiters, ob die Bodenversiegelung österreichweit auf 2,5 Hektar pro Tag begrenzt werden soll.

Das Ergebnis: Nachhaltigkeit im ökologischen Sinne – dafür stehen insbesondere die Grünen. Die selbsternannte Ökopartei ist – neben der Begrenzung der Bodenversiegelung und einer verpflichtenden Angabe der Haltungsform – für eine höhere Besteuerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen sowie als einzige Parlamentspartei für Tempo 100 auf Autobahnen. Die hohe Gewichtung der Themen wirkt sich in der FURCHE-Grafik entsprechend positiv aus. Dieses Mal gibt es aber auch Negativwerte – für jene Parteien, die sich dezidiert gegen Nachhaltigkeitsmaßnahmen aussprechen. Hier sticht insbesondere die ÖVP hervor, die bundesweit weder den Tierschutz verschärfen noch die Bodenversiegelung regulieren will.

### Umwelt vor Wirtschaft

Auf *Wahlkabine.at* fokussieren sich die Grünen auf Klima und Umwelt, achten aber weniger auf wirtschaftliche Nachhaltigkeit – Abzüge gibt es beim Pensionssystem.



Nachhaltigkeit findet sich aber nicht nur im ökologischen Bereich, sondern auch im sozialen und im wirtschaftlichen (vgl. *Interview links*). Die Grünen waren wesentlicher Treiber bei der ökosozialen Steuerreform und setzten diese als Regierungspartei auch über den Klimabonus um. Im Sinne sozialer Nachhaltigkeit fordern sie – wie die SPÖ und anders als ÖVP und FPÖ – auch eine sogenannte Kindergrundsicherung. Eine erhöhte Pensionsantrittsalter, das Ökonomen angesichts steigender Lebenserwartung und sinkender Geburtenraten als wesentlich erachten, lehnen die Grünen aber ab. Eine nachhaltige Lösung für das Pensionssystem, wie sie auch der Rechnungshof einmahnte, lässt also weiter auf sich warten. (Maximilian Hatzl)

## Was Grüne wollen – und umsetzen

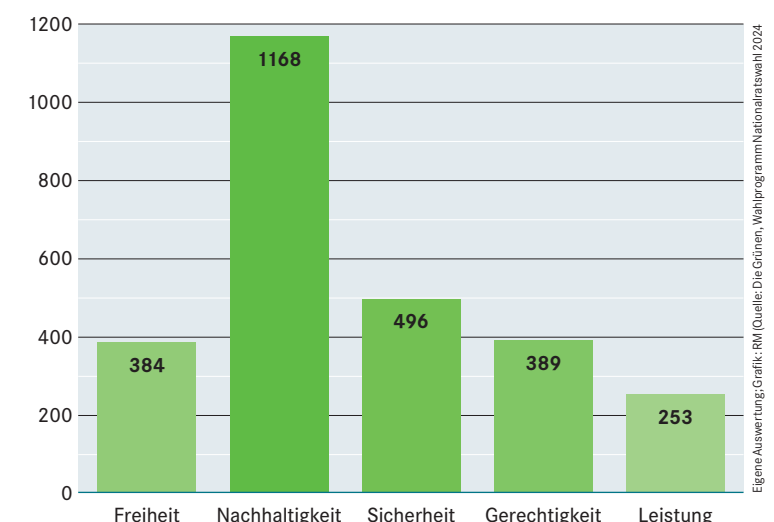
Das Wahlprogramm der Grünen ist mit 112 Seiten nicht nur erheblich dicker, es ist mit mehr als 40.000 Wörtern im Schnitt auch drei bis vier Mal so textreich wie das der anderen Parteien. Reichlich Platz also für Ideen und Ziele. Laut FURCHE-Schlagwortanalyse findet der Begriff der Nachhaltigkeit im Wahlprogramm der Grünen weit aus öfter Erwähnung als die Begriffe Gerechtigkeit, Leistung, Sicherheit oder Freiheit. Dabei sehen die Grünen durch ökologische Nachhaltigkeit auch positive Auswirkungen auf die Wirtschaft. Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung stärkt letztlich den Wirtschaftsstandort Österreich – und nicht zuletzt auch den Wintertourismus.

Umsetzen konnten die Grünen in den vergangenen fünf Jahren als Regierungspartei einiges. Von sämtlichen 895 Initiativenträgen seit Beginn der letzten Gesetzgebungsperiode am 23. Oktober 2019 kamen 507 von den Grünen oder wurden mit ihnen unterstützt; 466 davon wurden am Ende auch Gesetz – darunter auch mindestens 25 Vorhaben, die sich mit Nachhaltigkeit beschäftigten.

Ökologisch nachhaltige Veränderungen gibt es beispielsweise durch das Umweltförderungsgesetz, das gleichzeitig die Biodiversität schützen und die Wasserwirtschaft fördern soll. Auch der Klimabonus, welcher gerade dieser Tage Anfang September ausgezahlt wird, sowie das österreichweit geltende Klimaticket sind Gesetzgebung zugunsten der ökosozialen Nachhaltigkeit. Beides geht auf das Konto der Grünen.

### Allem voran nachhaltig

Die FURCHE Schlagwort-Analyse der Wahlprogramme ergibt: Nachhaltigkeit findet bei den Grünen mit Abstand am häufigsten Erwähnung, vor allem im ökologischen Sinne (Angaben in Anzahl der Schlagworte).



Daneben setzten die Grünen das Verbot von Qualzuchten und das Aus für Vollspaltenböden durch. Wirtschaftlich wurde eine Gesetzesnovelle im Stromverbrauchsreduktionsgesetz umgesetzt, durch die der Verbrauch fossiler Brennstoffe minimiert wird sowie Photovoltaikanlagen und Biomasse gefördert werden. Nachhaltig mehr Transparenz soll das Informationsfreiheitsgesetz bringen, welches in genau einem Jahr – am 1. September 2025 – in Kraft tritt und das Amtsgeheimnis ablöst. (Maximilian Hatzl)

Mehr zur FURCHE-Datenanalyse finden Sie online unter [www.furche.at/dossier/die-furche-wahlserie-welche-werte-wir-waehlensowie](http://www.furche.at/dossier/die-furche-wahlserie-welche-werte-wir-waehlensowie) unter dem QR-Code auf Seite 2.


## Radweg Autobahn

Die Blockaden der A13, von den Veranstaltern „Bürgerversammlungen“ genannt, brachten den Transitvertrag mit der EU auf Schiene und Radler auf die Brenner Autobahn.



Foto: APA / Bernhard Grossnick

Von Wolfgang Machreich

Im Wahlkampf verfärbt sich die Blauen grün: Oben auf der Brenner Autobahn braust der Verkehr , unter der A13 in Gries am Brenner steht FPÖ-Spitzenkandidat Herbert Kickl, schaut zur Luegbrücke hinauf, nennt sie „Monsterbrücke“ und verspricht, er würde nach dem Einzug ins Bundeskanzleramt auch hier „die Stoptaste drücken und etwas machen, was auf der Höhe der Zeit ist“.

Ebenso am Freitag vergangener Woche, im Wipptal einige Autobahnkilometer nördlich, wird im Bildungshaus in Matrei am Brenner bei der Sommerakademie der Studienstiftung „Pro Scientia“ über das Verhältnis von Mensch und Natur diskutiert. Auch hier geht es um die Möglichkeit einer Stoptaste, um der „Zivilisationskrise“ und der dafür verantwortlichen „Logik der Ausbeutung“ zu entkommen. Wie schwierig – beziehungsweise ohne Systembruch unmöglich – ein solches Stopp im „Kapitalozän“ sei, wurde am Beispiel der Nachhaltigkeit von Elektromobilität diskutiert. Auch E-Autos entkommen der Ausbeutungslogik nicht, denn Erzeugung und Betrieb würden nur andere Ressourcen verbrauchen; für einen tatsächlich nachhaltigen Effekt bräuchte es weniger und nicht andere Autos.

Diese brausten währenddessen auf der anderen Talseite in Richtung Norden oder Süden. Schauten die Podiumsteilnehmer über die Köpfe des „Pro Scientia“-Publikums durch die Fensterfront des Bildungs-



Wie lange schon Nachhaltigkeit im Verkehr diskutiert wird, zeigt der Beitrag „Europäisches Verkehrsproblem am Brenner“ vom 21. Mai 1959; nachzulesen unter [furche.at](https://www.furche.at).



Auf der Brenner Autobahn wurde für Anrainer- und Umweltschutz in ganz Europa erfolgreich gestritten. Ist diese Transitstrecke auch ein gelungenes Beispiel grüner Verkehrspolitik?

# Nadelöhr grüner Nachhaltigkeit

hauses St. Michael, glänzte ihnen im Sonnenlicht die Fahrzeugkolonne auf einer der zentralen Transitrouten für den Güter- und Urlauberverkehr Europas entgegen. Hermann Weratschnig kennt diese Autobahn auch als Radweg und Veranstaltungsbühne. Der Verkehrssprecher der Grünen im Nationalrat war Anfang der 1990er Jahre Gründungsmitglied des Transitforums Austria-Tirol, später dessen Obmann-Stellvertreter – und hier maßgeblich an den Autobahnblockaden (er sagt „Bürgerversammlungen“) zur Durchsetzung des Transitvertrags mit der EU beteiligt.

Kernforderung des Vertrags war, die Schadstoffbelastung durch LKW auf österreichischen Transitstrecken um 60 Prozent zu verringern. „Ohne die treibende Kraft der Zivilgesellschaft hätte die Politik dieses Nachhaltigkeitsziel nicht erreicht“, ist Weratschnig überzeugt. „Die europäische Front im Kampf für sauberere Fahrzeugflotten ist am Brenner verlaufen“, sagt er, „der Kampf um die Einführung der Euroklassen für LKWs je nach Schadstoffausstoß wurde in Tirol gekämpft“. Mit Erfolg, was die Luftgüte betrifft; doch der Verkehr wurde nicht eingedämmt, im Gegenteil: Bei der Unterzeichnung des Vertrags 1992 gab es 850.000 LKW-Transitfahrten über den Brenner, rechnet Weratschnig vor; voriges Jahr passierten 2,5 Millionen Lastkraftwagen und über 11,5 Millionen PKWs die Mautstelle.

Aber lassen sich die Kolonnen auf der A13 nicht auch als eindrucksvolles Beispiel für „grünes Wachstum“ interpretieren? Die Umstellung auf neue Fahrzeugtechnik und Baumaßnahmen reduzierten die Schadstoff- und Lärmbelastung, so dass heute dreimal so viele LKW durchs Wipptal fahren als vor 30 Jahren. Das dafür verantwortliche Wirtschaftswachstum wurde nicht gestoppt, und die Bevölkerung ist trotzdem nicht erstickt oder ausgewandert.

Auf der anderen Talseite, bei der „Pro Scientia“-Diskussion, kommt diese Interpretation von Nachhaltigkeit schlecht weg: Grünes oder nachhaltiges Wachstum bedeute vor allem, „wir machen weiter wie bisher, reduzieren aber die Umweltwirkung“. Zweites, also technische Verbesserungen beim Ressourcenverbrauch, müssten zwar Teil der Lösung sein, ohne ein Stoppschild für den wirtschaftlichen Weiter-wie-bisher-Wachstumswang sei das Attribut Nachhaltigkeit aber nur

„Echte Nachhaltigkeit im Güterverkehr gibt es erst, wenn Warentransporte ab einer Entfernung von 300 bis 500 Kilometern verpflichtend auf die Schiene müssen.“

Etikettenschwindel. In diese Kategorie fällt auch der Stoptaste-Sager von Herbert Kickl unter der Luegbrücke. Gemeinsam mit der Tiroler FPÖ schloss er sich einer Forderung aus der Gemeinde Gries an, statt der notwendigen Sanierung der Brücke den Transitverkehr in einen Tunnel zu verlegen. Der Grieser Bürgermeister ist mittlerweile von der Tunnelidee auf Lärmschutz-Einhausungen der Autobahn umgeschwenkt, doch die FPÖ lässt sich kurz vor der Wahl die Chance nicht entgehen, bürger- und umweltschützend aufzutreten.

„Alles soll jetzt im Berg verschwinden“, kommentiert Verkehrssprecher Weratschnig die Pläne in Gries und anderswo, wo Tunnel den Auto- und Zugverkehr unsichtbar machen sollten: „Aber irgendwo müssen die Straßen und Schienen wieder heraus, und wir haben das Problem nicht gelöst, nur verlagert.“ Deswegen sagen die Grünen auch Nein zum Bau eines Scheiteltunnels an der Fernpassstraße, der ihrer Meinung nach die Strecke als Nord-Süd-Verbindung attraktiver machen und den Transitverkehr von und nach Deutschland anziehen würde.

## Im Basar

Wie schaut dann eine nachhaltige Verkehrslösung am Brenner und auf anderen Transitrouten für die Grünen aus? Für besseren Anrainerschutz brauche es laut Weratschnig einen zeitgemäßen Ausbau der Lärmschutzanlagen. Als grünen Erfolg in der vergangenen Legislatur nennt er die im Nationalrat beschlossene Erhöhung des „Lebensverbesserungsbeitrags“ von einem auf drei Prozent und der Zweckbindung dieser Gelder für Maßnahmen zugunsten von Bevölkerung und Umwelt. Damit bekommen die Gemeinden entlang der Pyhrn-, Tauern- und Brennerautobahn sowie des Karawanken- und Arlbergtunnels gut 12,5 Millionen Euro aus den Sondermauteinnahmen der ASFINAG für Schutzmaßnahmen gegen die Verkehrsbelastung. Eine nachhaltige Maßnahme ist für ihn auch die im Nationalrat beschlossene CO<sub>2</sub>-Bepreisung als Teil der LKW-Maut, mit der beim Schwerverkehr die „Preisschraube“ angezogen wird. „Das bei der ÖVP durchzusetzen, hat uns einiges gekostet“, gibt Weratschnig Einblick in den Nachhaltigkeits-Basar mit dem Koalitionspartner. Politisch kostspielig würde auch die Umsetzung seiner Brenner-Idee einer Geschwindigkeitsbeschränkung für LKWs auf 60 km/h werden, „da schreit sofort die Wirtschaftskammer auf“.

Echte Nachhaltigkeit im Güterverkehr sieht Weratschnig erst, wenn Transporte ab einer Entfernung von 300 bis 500 Kilometern verpflichtend auf die Schiene müssen. „Aber mit der Forderung nach einem einheitlichen europäischen Eisenbahnraum beißen wir uns seit Jahrzehnten die Zähne aus“, sagt er. Sollte der Ausbau der Schienenanbindung nördlich und südlich des Brenner-Basistunnels weiter so zaghaft bleiben, fürchtet er um den Lenkungseffekt der Alpenstrasse: „Dann bekommen wir zwar eine Top-Touristen-Strecke, aber der Güterverkehr bleibt auf der Straße“ – und ein Fazit der „Pro Scientia“-Debatte bliebe auch auf der Strecke: „Menschen in eine Situation zu führen, wo sie Teil der Lösung sein können.“

## ZUGPFERDE-TOUR

### Von Buchteln & Wuchteln

Buchteln bekam Klimaministerin Leonore Gewessler vorige Woche beim Zwischenstopp auf ihrer Klima-Tour in Linz kredenzt. Damit wurde eine Wertschuld aus 2019 eingelöst. Die Mehlspeise war der Einsatz, sollte Gewessler ihr Wahlkampfversprechen umsetzen, bei grüner Regierungsbeteiligung ein Klimaticket auf Schiene zu bringen. Als „Zugpferde“ schicken die Grünen Gewessler, Justizministerin Alma Zadić, Sozialminister Johannes Rauch und Vizekanzler Werner Kogler in eine „Aufholjagd“, um aus dem Umfragetief zu kommen. Auftrieb soll Koglers Stärke geben, „Wuchteln rauszulassen“. (wm)

## Nächste Woche im Fokus:

Mit dem Versprechen einer „Festung Österreich“ buhlen die Freiheitlichen unter Herbert Kickl im Nationalratswahlkampf um Stimmen. Zugrunde liegt die Sehnsucht nach Stabilität in Krisenzeiten – oder nach einer Welt, wie sie früher war. Doch macht das tatsächlich sicher?